Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1858. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 194. **Sonnabend, 20. August 1927, abends.** **80. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69.
Verantwortlich für Redaktion: L. V.: F. Teichardter, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Südtirol und die neuen Römer.

Als eine besondere Kunst handhabten die Machthaber des alten römischen Weltreiches die Behandlung fremdstämmiger, unterworfener Völker. Nachdem das Schwert die gewünschten Tatsachen geschaffen hatte, begann die Verwaltung sofort mit vorsichtigen und klugen Versuchen, das Land und seine Bewohner auch moralisch zu erobern. Römisches Recht und eine Einordnung der Dinge im Stile der römischen Organisation, Straßenbauten, Hebung der Verkehrsmittel, allerdings auch Eintreibung von Steuern und Tributen wurde durchgeführt. Gleichzeitig aber bemühte man sich, die Landessprache, sowie die religiösen und kulturellen Bräuche der Landeseinwohner zu achten und ihnen auf diesem Gebiet eine möglichst weitgehende Freiheit zu geben.

Die angeblichen Nachkommen der alten Römer, die jetzt in der Tiber-Stadt herrschen, und bei jeder Gelegenheit zu betonen lieben, daß sie sich als Träger der Ideen des alten römischen Weltreiches und als Vollender des Römertums in der Neuzeit fühlen, haben andere Methoden in den ihnen nicht einmal durch eigene Schwertleistung zugefallenen Gebieten gewählt. Sie haben dem hochentwickelten Lande Südtirol, das zur österreichischen Zeit eine vorbildliche Verwaltung in sachlicher und personeller Beziehung aufzuweisen hatte, und das als ein Hauptgebiet des internationalen Fremdenverkehrs in jeder Beziehung fortgeschrittene Kultureinrichtungen aufzuweisen hatte, zwar nicht die kolonisatorischen Geschenke des alten Rom beibringen können, im Gegenteil, eine anarchistische Willkür, wie sie im Herrschaftsprinzip des Fascismus liegt, dafür haben sie sich aber auch nicht an die Ideenwelt ihrer angeblichen römischen Vorfahren gehalten, die Achtung vor jeder fremden Eigenart und Landeskultur hatten. Sie haben in brutalster Weise der Bevölkerung, die deutsch ist, solange es überhaupt eine Geschichte gibt, und die jedenfalls niemals italienisch gewesen ist, ihr Menschenrecht der Sprache genommen, sie dulden nicht einmal den Unterricht des Kindes durch die Mutter, sie haben die lächerlichsten Latinisierungen uralt deutscher Ortsnamen durchgeführt, sie haben selbst in das Recht des Familiennamens eingegriffen. Zahllose Gewalttaten und Terrorakte, Denkmalschändungen (zu denen auch die Anbringung einer italienischen Bestafel an der Stammburg des Landes, der Burg Tirol, gehört), Mißhandlungen und Mordtaten kennzeichnen das Regiment der Neu-Römer in diesem Lande, dem sie nicht einmal den Namen gelassen haben.

Mit großer Geste hat man vor einiger Zeit die Selbständigkeit der Provinz Bozen verkündet, durch die 20 000 Deutsche zwischen Bozen und Salurn von ihren Stammesgenossen abgetrennt wurden. Auch dieses angebliche Geschenk ist von vornherein nur als ein Mittel schnellerer Italienisierung gewählt worden, wie von fascistischer Seite sofort zugegeben wurde.

In den letzten Wochen hat die fascistische Tobsucht, im Zusammenhang mit den außenpolitischen Schwierigkeiten des Reiches, die stets auch eine Auswirkung in der Behandlungsmethode Südtirols zeigen, groteske Formen angenommen. Die fascistischen Blätter Südtirols, die „Alpenzeitung" und „La Provincia di Bolzano", die man auf den Trümmern der gänzlich unterdrückten Tagespresse, allerdings mit mäßigem Erfolg, errichtet hat, haben in dem Abgeordneten Giarratana einen neuen Herausgeber erhalten, der in bombastischen Sätzen das reine Evangelium des Fascismus verkündet. Die deutschen Abgeordneten, die kürzlich erst auf den geschichtlich bewiesenen deutschen Charakter Bozens hinwiesen, nennt er „Hanswürste" und erklärt stolz: „Die Geschichte macht man". Den noch erscheinenden Wochen- und Halbwochenblättern, dem „Dolomiten" und dem „Volksboten", droht er mit Erwürgung, da sie — zu wenig Notiz von den redaktionellen Veränderungen in den fascistischen Blättern nehmen: „Die elementarsten Regeln der Höflichkeit und verständnisvolle Klugheit mußten es eingeben, nicht bloß die nackte Wahrheit zu bringen, sondern vielleicht auch ein paar Zeilen hinzuzufügen." Das dürfte so ziemlich der Gipfelpunkt geistiger Knebelung sein, daß man den getretenen Gegner zwingen will, öffentlich die Füße seines Unterdrückers zu küssen, wie man ja auch schon Südtiroler gezwungen hat, öffentlich die italienische Fahne zu küssen. Daß dieses Regime nicht nur brutal, sondern auch dumm ist, mögen einige Sätze aus der „Alpenzeitung", dem „deutsch" geschriebenen Blatte, beweisen. Mit folgendem Schwulst glaubt man, deutsche Menschen italienisch machen zu können: „In Wahrheit, außerhalb der Grenzen, mag es seltsam erscheinen, daß, während die einzelnen Nationen das Gleichgewicht nicht wieder herstellen können, welches die Sintflut des Krieges genommen hat — welcher Krieg seine Rückwirkungen hauptsächlich wirtschaftlich in allen Ländern der Erde gehabt hat — man in Italien in so gewandter und rascher Weise vorgehen könne. Die Gegner im Ausland verstehen nicht, daß das Regime, wenn es vom Standpunkt der politischen Freiheit eine mäßige Verneinung derselben darstellen kann, das hauptsächliche Geheimnis jener außerordentlichen wirtschaftlichen Entscheidungen darstellt, mit welchen durch Schwierigkeiten und Opfer die Wohlfahrt des italienischen Volkes erreicht wird." So werben die neuen Römer für ihren Staat.

Polnisch-russische Verhandlungen.

Warschau. Pilsudski empfing am Freitag im Badeort Druskenik den stellvertretenden Leiter des Ministeriums des Auswärtigen Roman Knoll zum Bericht. Nach der Rückkehr Knolls nach Warschau begab sich der Gesandte Patek auf seinen Moskauer Posten zurück. Er soll, wie die Warschauer Presse meldet, mit Aschitscherin einleitende Besprechungen über den geplanten polnisch-russischen Nichtangriffsvertrag aufnehmen.

Deutsch-belgische Untersuchungskommission.

Berlin. Von zuständiger Stelle wird der Telegraphen-Union mitgeteilt:

Die letzten Veröffentlichungen des Untersuchungsausschusses des Reichstages über gewisse Ereignisse des Weltkrieges haben die belgische Regierung veranlaßt, der belgischen Kammer drei Memoranden über die Frage der Neutralität, des Franktireurkrieges in Belgien und der Arbeiterdeportationen vorzulegen. Zwei von diesen Memoranden sind bereits veröffentlicht und den anderen Regierungen, darunter auch der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht worden. Das dritte Memorandum über die Arbeiterdeportationen wird demnächst veröffentlicht werden.

In ihrem Memorandum über die wegen des Franktireurkrieges gegen Belgien erhobenen Vorwürfe hat die belgische Regierung daran erinnert, daß Belgien im Laufe des Krieges eine Enquete verlangt und daß es gegen eine solche, wenn auch verspätete Enquete nichts einzuwenden habe. Die belgische Regierung hat bei Uebersendung der Denkschrift die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf diesen Passus gelenkt. Die deutsche Regierung hat daraufhin der belgischen Regierung mitteilen lassen, daß sie die belg. Erklärung begrüße und einverstanden sei, alsbald in Verhandlungen über die Einsetzung einer unparteiischen Untersuchungskommission einzutreten. Herr Vandervelde hat Herrn von Keller diese Mitteilung bestätigt und hinzugefügt, daß er davon seine Kollegen in der belgischen Regierung, von denen mehrere auf Urlaub seien, alsbald verständigen werde.

Wie die Telegraphen-Union von ihrem Brüsseler Vertreter ergänzend erfährt, ist heute in Brüssel ein gleichlautendes Communiqué veröffentlicht worden.

•

Günstige Aufnahme bei der Reichsregierung.

Berlin. Die belgische Anregung auf Einsetzung eines solchen Ausschusses wurde naturgemäß bei der Reichsregierung günstig aufgenommen. Sie hat bekanntlich in der Erwägung, daß ähnliche Streitfragen nur durch unparteiische Untersuchungen geklärt werden können, wiederholt selbst die Schaffung solcher Ausschüsse angeregt. Auf deutscher Seite würde man es nur begrüßen, wenn die Arbeiten des einzusetzenden deutsch-belgischen Untersuchungsausschusses, dessen Befugnisse in den bevorstehenden Verhandlungen erst noch festgesetzt werden müssen, sich soweit als möglich ausdehnen.

•

Die belgischen Denkschriften.

Berlin. Die in der Mitteilung betreffend die Einsetzung eines deutsch-belgischen Untersuchungsausschusses erwähnten zwei belgischen Denkschriften über die Frage des Franktireur-Krieges in Belgien bezw. über die belgische Neutralität sind, wie verlautet, von der Reichsregierung ohne Kommentar an den Untersuchungsausschuß des Reichstages weitergeleitet worden. Beide Denkschriften beschäftigen sich fast ausschließlich mit den von dem Universitätsprofessor Meurer und Reichstagsabgeordneten Prof. Bredt dem Untersuchungsausschuß erstatteten Gutachten über den Franktireur-Krieg in Belgien bezw. die Stellung Belgiens im Weltkrieg und stellen einen Versuch dar, diese Gutachten zu entkräftigen. Die Neutralitätsfrage selbst, die in dem Gutachten des Prof. Bredt nur ganz flüchtig gestreift wird, ist bekanntlich vom Untersuchungsausschuß des Reichstages noch gar nicht behandelt worden. — Die dritte belgische Denkschrift zur Frage der Arbeiterdeportationen wird von der Reichsregierung, sobald sie ihr vorliegt, ebenfalls sofort dem Untersuchungsausschuß des Reichstages zugestellt werden.

•

Die Franktireur-Kommission.

Berlin. Der B. Z. zufolge wird man der Bildung der geplanten deutsch-belgischen Kommission zur Untersuchung über die Frage der Neutralität Belgiens und des Franktireurkrieges schon in kürzester Zeit näbertreten. Dabei wird dem Blatt zufolge die Bildung einer internationalen Kommission kaum in Frage kommen, dagegen ist es wahrscheinlich, daß neben den deutschen und belgischen Mitgliedern ein Angehöriger einer neutralen Nation als Vorsitzender zugezogen wird. Auch die Zuziehung juristischer Sachverständiger wird erwogen. Dagegen dürfte die Berufung anderer Mächte, die am Kriege teilgenommen haben, in die Kommission nicht in Betracht kommen.

Reichspräsident und Reichswehr-Flaggenerlaß.

vdz. Im Zusammenhang mit dem bekannten Flaggenerlaß des Reichswehrministers Geßler, worin verfügt wird, daß Reichswehrangehörige nur an Veranstaltungen teilnehmen dürfen, auf denen auch die schwarzrotgoldene Reichsflagge gezeigt wird und daß überhaupt bei Kranzspenden usw. die Reichsfarben berücksichtigt werden müssen, ist die Frage aufgetaucht, ob **Reichspräsident von Hindenburg vor Veröffentlichung Kenntnis von dieser Verfügung gehabt habe.** Von unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, daß dieser Flaggenerlaß eine Ressortangelegenheit des Reichswehrministers ist und daß der **Reichswehrminister** infolgedessen **allein die Verantwortung dafür trägt.** Der in dem Erlaß enthaltene und zur Begründung mit angeführte vielfach kritisierte Passus über die „Gegner der Reichswehr" erfährt an unterrichteter Stelle eine Interpretation dahin, daß mit den Gegnern der Reichswehr die Gegner der Republik gemeint seien.

•

Die Zwischenfälle in Gießen und Donaueschingen.

vdz. Ueber die Zwischenfälle, die sich anläßlich der Verfassungsfeiern in Gießen und Donaueschingen am 11. August ereignet haben, wo bekanntlich Reichswehroffiziere demonstrativ offizielle Verfassungsfeiern verließen, hat das Reichswehrministerium eingehende Erkundigungen eingezogen. Danach hat in Gießen der betr. Reichswehroffizier den Saal verlassen, als der Festredner „absprechende Bemerkungen" **über den Reichspräsidenten** gemacht habe. Der Offizier sah eine Kränkung des Reichspräsidenten darin, daß der Redner bei Erwähnung der Angriffe auf den ersten Reichspräsidenten, den „Sattlergesellen" Ebert erklärte, das deutsche Volk hätte zu seinem zweiten Reichspräsidenten einen früheren Kadetten gemacht. In Donaueschingen hat nach den weiteren Ermittlungen des Wehrministeriums der Verfassungsredner **die Reichswehr auf das Heftigste angegriffen** und dabei von einem Vorgesetztenapparat gesprochen, der nicht aus Ueberzeugung, sondern um des Mammons willen der Republik diene.

Die Vorbereitungen für die kommende Ratstagung in Genf.

Wie vor jeder Ratstagung üblich, weilt der Generalsekretär des Völkerbundes **Sir Eric Drummond** seit einigen Tagen in London, um mit der englischen Regierung eingehende Rücksprache über die verschiedenen während der Tagung des Völkerbundsrates zur Erörterung gelangenden Fragen zu nehmen. Nach seiner Rückkehr werden sich die Untergeneralsekretäre des Völkerbundes zu ihren Regierungen begeben, um die notwendigen Vorverhandlungen für die kommende Ratstagung zu führen. Der italienische Untergeneralsekretär **Paolucci** ist gestern nach Rom abgereist. Der japanische Untergeneralsekretär **Sugimura** hat sich nach Paris begeben, wo sich gegenwärtig der bisherige ständige Vertreter Japans im Völkerbundsrat, Graf Ishii, sowie der neue japanische Vertreter im Rat, der Brüsseler Botschafter Adaci befinden. Der deutsche Untergeneralsekretär **Dufour-Feronce** begibt sich am Sonnabend nach Berlin, um mit den maßgebenden deutschen Stellen die notwendige Rücksprache für die bevorstehende Tagung des Völkerbundsrates sowie die Vollversammlung des Völkerbundes zu führen.

Geheimbündeleiverfahren gegen die früheren Olympia-Führer.

Gegen die ehemaligen Führer des im Mai zusammen mit dem Bund Wiking aufgelösten Sportvereins Olympia, **Oberst Luck und Major Püschel**, ist ein Verfahren wegen Geheimbündelei eingeleitet worden. Es verlautet, daß sich diese Maßnahme auf die im Prozeß Olympia vor dem Staatsgerichtshof erfolgten Besprechungen im Restaurant Rettelbeck in Berlin, insbesondere auf die damalige Gründung des Wehrbundes Berlin stützen. Der Sportverein Olympia ist bekanntlich trotz des für ihn günstigen Urteils des Staatsgerichtshofes auch weiterhin verboten geblieben. Es war allerdings von seinen früheren Führern beabsichtigt, auf Grund der Leipziger Entscheidung, die das Verbot als nicht gerechtfertigt bezeichnet hatte, beim Reichsministerium des Innern vorstellig zu werden, um auf diese Weise die preußische Regierung zur Zurücknahme ihres Verbotes zu veranlassen. Bisher hat man aber noch nichts davon gehört, daß ein derartiger Schritt des Reiches beim preußischen Innenministerium erfolgt sei.

Die Lohnbewegung in der Rheinschiffahrt.

Mannheim. Zu dem Streik der Rheinschiffer teilt der Deutsche Verkehrsbund folgendes mit: Die Streikenden des Deck- und Maschinenpersonals haben in Versammlungen in Mannheim, Karlsruhe und Kehl gestern einstimmig beschlossen, den Kampf um menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen weiterzuführen. — Zur Erläuterung der Meldung ist zu erwähnen, daß ein großer Teil des Maschinenpersonals nicht dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer angehört, sondern Mitglied des Deutschen Verkehrsbundes ist und sich nach den Weisungen dieser Organisation richtet.

Beschießung von Wusung und der Forts von Schanghai.

Fünf Kriegsschiffe, die, wie man annimmt, dem in Tsingtau stationierten nördlichen Geschwader angehören, sind auf der Reede von Wusung erschienen und haben die Forts und den Bahnhof beschossen. Die Forts erwiderten das Feuer, worauf das Geschwader sich zurückzog.